

Einladung

für die am Montag, 05.10.2009 um 15:00 Uhr stattfindende Sitzung des Stadtrates im großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses.

Tagesordnung Öffentliche Sitzung (15:00 Uhr)

1. **Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Stadtratssitzung vom 27.07.09**
2. **Gegenstände aus dem Finanz-, Vergabe-, Grundstücks- und Sanierungsausschuss**
 - 2.1. Änderung der Gebührensatzung für das städt. Kinderhaus TOHUWABOHU
 - 2.2. Mittelbereitstellung für die Gewährung eines Zuschusses der Stadt Weiden i. d. OPf. an die Kliniken Nordoberpfalz AG für den Aufbau eines regionalen Herzinfarktnetzes zur optimierten Versorgung von Herzerkrankungen
 - 2.3. „Kooperationen – Pilotprojekte für die Stadtgesellschaft“; Modellvorhaben in der Sozialen Stadt in Bayern, 2. Phase; Zum Stadtratsbeschluss Nr. 32 vom 30.03.09
 - 2.4. Übernahme einer Bürgschaft zur Liquiditätssicherung für die Kliniken Nordoberpfalz AG
3. **Gegenstände aus dem Bau- und Planungsausschuss**
 - 3.1. Stadtplanungsamt
Bebauungsplan für das von der Scheibenstraße, der Bürgermeister-Prechtl-Straße, der Ledererstraße und der Erhardstraße umschlossene Baugebiet Nr. 61 26 254
Bebauungsplanänderung „Südlich der Erhardstraße“, Nr. 61 26 254 Ä1
Behandlung der Stellungnahmen/Abwägung
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorgang: Stadtratssitzung vom 06.08.09 Nr. 92
 - 3.2. Stadtplanungsamt
Bebauungsplan Nr. 61 26 204, Baugebiet nördlich der Straße „Zur Waldrast“ zwischen „Lupinensteig“ und „Am Waldfriedhof“, 1. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB,
Beschluss zur Einleitung des Änderungsverfahrens des Bebauungsplanes nach § 2 Abs. 1 BauGB.
 - 3.3. Stadtplanungsamt
Errichtung einer Fotovoltaikanlage auf dem Grundstück Flst. Nr. 1298 Gmkg. Rothenstadt
Antrag auf Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 12 BauGB
Aufstellung eines Bebauungsplans gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
Vorgang dazu im BPAS am 23.07.2009 unter Vorschlag Nr. 69
Vorgang dazu im Stadtrat am 27.07.2009 unter Beschluss Nr. 108

- 3.4. Stadtplanungsamt
Antrag auf Vorbescheid für ein Bauvorhaben am Schirmitzer Weg
Aufstellungsbeschluss für eine „Entwicklungssatzung“ nach § 34 (4) Satz 1 Nr. 2 BauGB
- 3.5. Stadtplanungsamt
Flächennutzungsplan der Stadt Weiden i. d. OPf.
21. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Änderung gewerblicher Flächen in gemischte Bauflächen im Gebiet „Westlich der Neustädter Straße“.
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB.
- 3.6. Stadtplanungsamt
Bebauungsplan Nr. 61 26 186 „Westlich Neustädter Straße“
4. Änderung eines Teilbereichs von Gewerbegebiet gem. § 8 BauNVO in Mischgebiet gem. § 6 BauNVO
Beschluss zur Einleitung des Änderungsverfahrens gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
- 3.7. Stadtplanungsamt
Baulinienplan Nr. 60/61 26 107 für das Gebiet Scheiben-, Sebastian-, Gabelsberger- und Söllnerstraße
Aufhebung des Bebauungsplans
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
Vorgang Bau- und Planungsausschuss vom 29.04.2009, Vorschlags - Nr. 31
Vorgang Stadtrat vom 11.05.2009, Beschluss - Nr. 66
- 3.8. Stadtplanungsamt
Bebauungsplan Nr. 61 26 304
Kliniken Nordoberpfalz AG, Standort Klinikum Weiden
Behandlung der Stellungnahmen / Abwägung
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
Vorgang Bau- und Planungsausschuss vom 17.06.2009, Vorschlags - Nr. 46
Vorgang Stadtrat vom 06.07.2009, Beschluss - Nr. 90
- 3.9. Stadtplanungsamt
Bebauungsplan Nr. 61 26 279 Schustermooslohe
Lärmschutzeinrichtungen entlang der BAB A 93
Aufhebung des Beschlusses Nr. 111 vom 23.10.2006 betreffend die „nördliche Lärmschutzeinrichtung entlang der BAB A 93“.
3. Änderung der „nördlichen und südlichen Lärmschutzeinrichtung entlang der BAB A 93“.
Beschluss zur Einleitung des Änderungsverfahrens im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB.
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Fachstellen und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
Vorgang:
Bauausschuss-Beschluss Nr. 128 vom 19.10.2006
Stadtrats-Beschluss Nr. 111 vom 23.10.2006

- 3.10. Stadtplanungsamt
Bebauungsplan Nr. 271 „Für das Gebiet zwischen der Regensburger Straße und der Bahnlinie nördlich des Steinweges und südlich des Grundstücks Flst. Nr. 5702/1“
Antrag auf vorhabenbezogene Änderung des Bebauungsplans gemäß § 12 (2) BauGB
Ablehnung des Antrags
Vorgang Bau- und Planungsausschuss vom 23.07.2009

4. Gegenstand aus dem Werkausschuss

- 4.1. Bekanntgabe einer Entscheidung nach Art. 37 Abs. 3 GO
Preise der Grundversorgung der Stadtwerke Weiden für die Versorgung mit Erdgas gültig am 01.10.09
5. **Bewerbung der Stadt Weiden i. d. OPf. als "Ort der Vielfalt" im Rahmen des Programms "Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" der Bundesregierung**
6. **Beitritt der Stadt Weiden i. d. OPf. zum Aktionsbündnis "Weiden ist bunt"**
7. **Errichtung einer koordinierenden Kinderschutzstelle (KoKi) in der Stadt Weiden i. d. OPf.**
8. **Installierung eines Ausschusses für Energiewende**
9. **Wahl der Aufsichtsräte für die Stadtbau GmbH**
10. **Übernahme einer Patenschaft der Stadt Weiden i. d. OPf. für die Weidener Hütte des Deutschen Alpenvereins, Sektion Weiden**
11. **Eingaben**
- 11.1. Eingabe von Herrn Karl Süß in Sachen Unterschriftenaktion für das Weiterbestehen des Augustiner-Konvents in Weiden i. d. OPf.
- 11.2. Eingabe von WISP zum Thema Kauf des Augustiner-Seminars durch OB Seggewiß für die Stadt Weiden i. d. OPf.

**Nichtöffentliche Stadtratssitzung
im Anschluss an die öffentliche Stadtratssitzung**

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Bewerbung der Stadt Weiden i. d. OPf. als „Ort der Vielfalt“ im Rahmen des Programms „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ der Bundesregierung

Sachstandsbericht:

Bereits seit 2007 zeichnet die Bundesregierung mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ Kommunen für ihr Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie aus. Für diese Bewerbung einer Kommune ist es notwendig, dass eine „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ von der Kommune unterschrieben und dann ein Bewerbung abgeschickt wird, in der es vor allem darum geht zu zeigen, warum eine Kommune ein „Ort der Vielfalt“ ist. Die Verleihung des Titels ist eine ideelle Ehrung der engagierten Kommunen und ein Ansporn zum Weitermachen.

Die Sprecher des Bündnisses „Weiden ist bunt“, Frau Luise Deyerling und Herr Ewald Zenger, haben der Stadtverwaltung vorgeschlagen, dass auch Weiden sich um diesen Titel bewirbt. Gemeinsam mit den Sprechern wird folgende Antwort auf die Frage „Warum ist Weiden ein Ort der Vielfalt“ vorgeschlagen:

„Weiden engagiert sich gegen Rechts:

- Bereits 2005 versuchten Rechtsextreme, das hiesige Jugendzentrum unter Vorspiegelung falscher Tatsachen für ein Konzert zu mieten. Als Reaktion darauf gründete sich die AG Rechtsradikalismus des SJR. Mit Ausstellungen, Gesprächsrunden, Workshops u. a. Veranstaltungen, die bes. der Aufklärung über neue und alte Rechtsradikale dienen, wurden Jugendliche, aber auch Multiplikatoren wie Lehrer, Erzieher und Eltern angesprochen und informiert.
- Für den Februar 2009 hatten verschiedene so genannte freie Kameradschaften zu einer Kundgebung in Weiden aufgerufen: Als Reaktion darauf fand am gleichen Tag ein "Fest der Demokratie" statt, an dem sich Politiker und Parteien, Vereine und Schulen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften und natürlich Weidener Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligten.
- Da ein erneutes Erscheinen der Rechtsextremen nicht auszuschließen war und ist, wurde nach diesem ersten Aufmarsch das Aktionsbündnis "Weiden ist bunt" ins Leben gerufen. Das Engagement reicht von Lesungen, Foto- und Plakataktionen bis hin zur Einrichtung einer Bündnishomepage als Informationsplattform (www.weiden-ist-bunt.de).

Weiden engagiert sich für Toleranz und Demokratie:

- Bereits seit längerer Zeit gibt es Initiativen, die sich direkt oder indirekt mit den Themen Toleranz und Demokratie befassen: Zu nennen ist hier das 5 Jahren aktive Netzwerk Integration, das sich um die Integration der Bewohner mit Migrationshintergrund und um die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen auf diesem Gebiet bemüht.
- Seit mehr als 26 Jahren arbeitet der AK Asyl vor Ort und hilft Kindern aus unterschiedlichen Nationen, v. a. aus Kriegs- und Krisengebieten, in Weiden eine neue Heimat und Zukunft zu finden.
- Im AK Erinnerungskultur geht es um die Förderung der Zusammenarbeit auf dem Ge-

biet des Gedenkens und Erinnerns an Opfer früherer Zeiten von Intoleranz und Totalitarismus, u.a. gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. In diesem Arbeitskreis sind Politiker vertreten, aber auch die Jüdische Gemeinde und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

- Das Projekt "Soziale Stadt", wesentlich geprägt vom Verein Die Initiative e. V., hat die Verbesserung des Zusammenlebens der Anwohner unterschiedlicher kultureller oder religiöser Herkunft durch Toleranz und Partizipation zum Ziel.
- Aus der o.g. AG Rechtsradikalismus ging mit Erfolg die Bewerbung des Studienseminars St. Augustin um den Titel "Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage" hervor. Inzwischen bewerben sich zwei weitere Gymnasien um diese Auszeichnung.
- Am 3. Oktober 2009, dem Tag der deutschen Einheit, wird von der Stadt ein großes "Fest der Demokratie" veranstaltet. Zusätzlichen Anlass dazu geben zwei wichtige Jahrestage: 60 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre Mauerfall.

Weiden ist ein Ort der Vielfalt:

- Schon ein Blick auf die Vereinslandkarte zeigt die große Vielfalt und das Miteinander unterschiedlicher Akteure: Die Reihe reicht von Sportvereinen, die sich aktiv um Integration bemühen, über die verschiedenen Jugendverbände bis hin zu Migrantenselbstorganisationen verschiedener Nationalitäten. Mit gemeinsamen Veranstaltungen und Unterstützungsleistungen wird das tolerante Miteinander seit Jahrzehnten gepflegt.
- Seit 2008 gibt es einen eigenen Städtepartnerschaftsverein, der die Verbindungen und den Austausch mit den sechs Partnerstädten pflegt.
- Gerade im Bereich der Veranstaltungen zeigt sich die Vielfalt der Akteure: Zu erwähnen sind hier die Ost-West-Begegnungstage, Kooperationsprojekte der Schulen, die Nachbarschaftswochen von 2007 und 2008 mit einem Schwerpunkt auf den Kontakten zu Tschechien und den in der Oberpfalz stationierten US-amerikanischen Soldaten. Hinzu kommen die Bayerisch-Böhmischen Kultur- und Wirtschaftstage, die bei der Bevölkerung großen Anklang finden.

Die verschiedenen Initiativen und Projekte haben unterschiedliche Grundlagen: Es gibt Vereine mit ihrer klaren und demokratischen Struktur, die entweder allein oder in Kooperation als Veranstalter auftreten. Netzwerke und Bündnisse mit offenen Strukturen und regelmäßigen Abstimmungs- und Planungstreffen. Personelle Überschneidungen tragen viel zum Miteinander der Einrichtungen und Personen bei. Politische Entscheidungen und öffentliches Bekennen zu Demokratie und Toleranz sind wichtig als Rückenstärkung für die verschiedenen Initiativen. Nicht zu unterschätzen sind der Austausch und die Bereitschaft der einzelnen Bewohner, ihren Beitrag zum alltäglichen Miteinander zu leisten.

Stadtrat:

() beratend
(x) öffentlich

(x) beschließend
() nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Beitritt der Stadt Weiden i. d. OPf. zum Aktionsbündnis „Weiden ist bunt“

Sachstandsbericht:

Nachdem die Stadt Weiden i. d. OPf. mit Veranstaltungen am 07.02.2009 und 01.05.2009 inzwischen zwei Mal Aufmarschziel rechtsradikaler Gruppen war, wurde die Gründung eines lokalen Aktionsbündnisses durch Frau Stadträtin Maria Luise Deyerling angeregt. Mit dem Aktionsbündnis sollen Entwicklungen wie z. B. in Wunsiedel oder Gräfenberg entgegengewirkt werden, die Ebene der Reaktion verlassen und die Ebene der Aktion betreten werden. Die Internetauftritte bestimmter Organisationen zeigen, dass Weiden und die Region im Visier rechtsradikaler Gruppen sind, die u. a. in Amberg, im Bayerischer Wald, Cham, Gräfenberg, Hof/Wunsiedel, Nürnberg/Fürth, Pottenstein, Regensburg, Schwandorf, Weiden/Tirschenreuth agieren, so dass dringender Handlungsbedarf gesehen und das Aktionsbündnis am 21.04.2009 gegründet wurde.

Da ein bundesweiter Rechtsruck in der Bevölkerung zu spüren ist, ist auch eine Mitarbeit der Stadt Weiden i. d. OPf. bei diesem lokalen Bündnis notwendig. Die Stadt Weiden i. d. OPf. möchte zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger handeln, nötigenfalls Gefahr für die Gesellschaft abwehren und mit dem Beitritt zum Aktionsbündnis eine Signalwirkung für die Öffentlichkeit herstellen.

Die Stadt Weiden i. d. OPf. möchte daher dem Aktionsbündnis „Weiden ist bunt“ beitreten. Sie erklärt ausdrücklich, sich solidarisch und gewaltfrei für die Ziele und Werte gemäß der Geschäftsordnung des Bündnisses „Weiden ist bunt“ einzusetzen und gibt folgende Weidener Menschenrechts- und Demokratieerklärung ab:

„Wir treten entschieden ein für die Respektierung der Menschenrechte und den Schutz der demokratischen Grundprinzipien. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unserem Land friedlich und in wechselseitigem Respekt voneinander zusammenleben können.“

Wir verurteilen jede Form politischen Denkens und Handelns, die Mitbürgerinnen und Mitbürger aufgrund ihrer Abstammung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer sozialen Situation, ihres Geschlechts oder ihrer religiösen Orientierung zu Menschen zweiter Klasse erklären.“

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Errichtung einer koordinierenden Kinderschutzstelle (KoKi) in der Stadt Weiden

Sachstandsbericht:

Die fachpolitische Debatte um den bestmöglichen Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch hat in den vergangenen Jahren zu einer Vielzahl von Projekten und gesetzgeberischen Aktivitäten sowohl des Bundes als auch der Länder geführt. Jugendämter und freie Träger der Jugendhilfe wurden dadurch zu praktischen Initiativen und fachlichen Diskussionsbeiträgen motiviert, eine Diskussion, die derzeit etwas zugespitzt unter den Begriffen der „Frühen Hilfen“ oder des „präventiven Kinderschutzes“ geführt wird.

Der Bayer. Ministerrat hat bereits am 12.2.2008 die Einführung eines Förderprogramms zur Unterstützung der kommunalen Gebietskörperschaften als örtliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe bei der Etablierung sozialer Frühwarn- und Fördersysteme als Regelförderprogramm beschlossen, dessen finanzielle Ausstattung mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 auf den Weg gebracht werden soll.

Leider wurde bisher die abschließende Fassung der Förderrichtlinien noch nicht veröffentlicht. Sie wurden bereits für Juni 2009 angekündigt und werden nach Aussagen der zuständigen Vertreter des Sozialministeriums im wesentlichen die bereits veröffentlichten Eckpunkte enthalten.

Die Landkreise Neustadt a. d. Waldnaab und Tirschenreuth planen ebenfalls die Errichtung von KoKis im Herbst 2009 (NEW) bzw. im Frühjahr 2010 (TIR). Im Hinblick auf die oft gleichen Netzwerkpartner (z. B. Hebammen, Ärzte, Kliniken, Gesundheitsamt, Beratungsstellen) wird eine bestmögliche Kooperation angestrebt.

Im Ausschuss für Jugendhilfe und soziale Fragen vom 24.6.2009 wurde bereits umfassend über Inhalte, Aufgaben und Organisation der Koordinierenden Kinderschutzstellen (KoKis) sowie die Eckpunkte des Förderverfahrens informiert und eine Grundsatzentscheidung zur Einrichtung einer Koordinierenden Kinderschutzstelle (KoKi) herbeigeführt.

Inzwischen (am 24.6.2009) hat das Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in einem Rundschreiben an alle kreisfreien Städte und Landkreise u. a. mitgeteilt, dass die Kommunen ab 1.7.2009 (Endausbau im Jahre 2010) beim Aufbau Sozialer Frühwarn- und Fördersysteme in Form von Koordinierenden Kinderschutzstellen finanziell unterstützt werden. Die Förderung erfolgt als Festbetragsfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung mit einem Personalkostenzuschuss von 16.500 € p. a. pro Vollzeitstelle.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Installierung eines Ausschusses für Energiewende

Sachstandsbericht:

Am 27.7.09 (Beschluss-Nr. 126) hat der Stadtrat beschlossen einen Ausschuss für Energiewende zu installieren. Dazu ist eine Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts notwendig.

Bisher war der Hauptverwaltungs- und Umweltausschuss auch für grundsätzliche Angelegenheiten beim Einsatz regenerativer Energie und der Energieeinsparung zuständig. Diese Aufgaben müssten auf den neuen Ausschuss übertragen werden. Nachdem aber Themen einer Energiewende auch gleichzeitig dem Klima- und Umweltschutz tangieren, wäre es sachlich gerechtfertigt, die Aufgaben des Umweltschutzes vom Hauptverwaltungs- und Umweltausschuss herauszulösen und einen neuen beschließenden Energie- und Umweltausschuss zu installieren. Die Aufgaben eines reinen Hauptverwaltungsausschusses bleiben, wie in § 9 Abs. 3 Ziff. Buchst. a bis d der GeschO Stadtrat beschrieben, bestehen.

Folgende Änderungen der Geschäftsordnung und Satzung sind dazu notwendig:

Alternative 1

§ 9 Abs. 3 Ziff. 1 GeschO Stadtrat

- die Überschrift ist in Hauptverwaltungsausschuss zu ändern.
- Buchstabe e) ist zu streichen.
- Eine neue Ziff. 7 ist anzufügen mit folgendem Wortlaut:
„7. Energie- und Umweltausschuss:
a) Grundsätzliche Angelegenheiten des Energiesparens und des Einsatzes regenerativer Energien.
b) grundsätzliche Angelegenheiten des Umweltschutzes, insbesondere Immissions- und Naturschutz und des Boden- und Abfallrechts.“

§ 2 Abs. 1 GemeindeVerfRS

- Buchst. a: die Bezeichnung „Hauptverwaltungs- und Umweltausschuss“ ist auf „Hauptverwaltungsausschuss“ zu ändern.
- Ein neuer Buchstabe g mit folgendem Wortlaut: „den Energie- und Umweltausschuss, bestehend aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden und 10 ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern“ ist anzufügen.
- Das Inhaltsverzeichnis ist unter I. Ziff. 1 und 7 entsprechend anzupassen.
- Die beschließenden Ausschüsse sind um den neuen Ausschuss zu ergänzen und die Überschrift unter I. 1. auf Hauptverwaltungsausschuss zu ändern.

Die andere Möglichkeit wäre, wie beschlossen, einen zusätzlichen Ausschuss für Energiewende zu installieren.

Alternative 2

Folgende Änderungen der Geschäftsordnung und Satzung sind dazu notwendig:

§ 9 Abs. 3 Ziff. 1 GeschO Stadtrat:

- Bei Buschstabe e) ist „sowie grundsätzliche Angelegenheiten beim Einsatz regenerativer Energie und der Energieeinsparung“ zu streichen.
- Eine neue Ziff. 7 ist anzufügen mit folgendem Wortlaut:
„7. Ausschuss für Energiewende:
Grundsätzliche Angelegenheiten des Energiesparens und des Einsatzes regenerativer Energien.“

§ 2 Abs. 1 GemeindeVerfRS:

- Ein neuer Buchstabe g mit folgendem Wortlaut: „den Ausschuss für Energiewende, bestehend aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden und 10 ehrenamtlichen Stadratsmitgliedern.“ ist anzufügen.
- Das Inhaltsverzeichnis ist unter I. Ziff. 7 entsprechend anzupassen.
- Die beschließenden Ausschüsse sind um den neuen Ausschuss zu ergänzen.

Stadtrat:

() beratend

(x) beschließend

(x) öffentlich

() nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Wahl der Aufsichtsräte für die Stadtbau GmbH Weiden

Sachstandsbericht:

Aus dem Aufsichtsrat der Stadtbau GmbH Weiden scheiden mit der nächsten Gesellschafterversammlung (geplant 19.11.09) folgende Aufsichtsräte turnusmäßig aus:

Stadtrat Hans Hiermaier, CSU, der für drei Jahre benannt war,
Stadträtin Waltraud Koller-Girke, SPD, die für drei Jahre benannt war,
Stadtrat Josef Melch, SPD, der für ein Jahr benannt war.

Damit künftig wieder 1/3 des Aufsichtsrates turnusmäßig wechselt, hat die CSU-Stadtratsfraktion Stadtrat Hans Hiermaier für die Dauer von drei Jahren vorschlagen.
Für die SPD-Stadtratsfraktion wird Stadtrat Helmut Ruhland für die Dauer von drei Jahren sowie Frau Stadträtin Gabriele Laurich für die Dauer von einem Jahr in den Aufsichtsrat vorgeschlagen.

Stadtrat:

| | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Übernahme einer Patenschaft der Stadt Weiden i. d. OPf. für die Weidener Hütte des Deutschen Alpenvereins, Sektion Weiden

Sachstandsbericht:

Es wurde angeregt, dass sich der Weidener Städtepartnerschaftsverein auch um die Weidener Hütte des Deutschen Alpenvereins, Sektion Weiden, kümmert bzw. Fahrten dorthin mit bewirbt. Da sich das Engagement des Städtepartnerschaftsvereins nur auf bestehende Patenschaften und Partnerschaften mit der Stadt Weiden i. d. OPf bezieht, ist die Neugründung einer Patenschaft zwischen Weiden i. d. OPf. und dem Deutschen Alpenverein nötig, für die nach § 2 Nr. 23 GeschOStR der Stadtrat zuständig ist.

Mit Antrag vom 18.09.09 hat der Deutsche Alpenverein, Sektion Weiden, vertreten durch Herrn 1. Vorsitzenden Günter Schwarz, einen entsprechenden Antrag gestellt.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von Herrn Karl Süß in Sachen Unterschriftenaktion für das Weiterbestehen des Augustiner-Konvents in Weiden i. d. OPf.

Sachstandsbericht:

Am 22.07.09 übermittelte Herr Karl Süß eine Eingabe mit folgendem Wortlaut an die Stadt Weiden i. d. OPf.:

In der Ausgabe des Neuen Tages vom 31.03.09 wurde unter der Überschrift „Aus für Studienseminar St. Augustin“ über die von der Provinzleitung der Deutschen Augustiner bekanntgegebene Schließung des seit über 80 Jahren in Weiden i. d. OPf. bestehenden Seminars zum Ende des Schuljahres 2009/10 berichtet. Daran ist wohl nichts mehr zu ändern, obwohl zu wünschen gewesen wäre, dass um das Überleben dieser bewährten örtlichen und überörtlichen Betreuungseinrichtung mit allen Mitteln gekämpft wird.

Aufgrund der weiteren Anmerkung im o. a. Zeitungsbericht, dass auch die Zukunft der Augustiner unklar ist, fordern wir hiermit durch unsere Unterschrift alle Abgeordneten, Kommunalpolitiker (Oberbürgermeister Seggewiß, Landrat Wittmann, Stadtrats- und Kreistagsfraktionen) sowie die ausschlaggebenden klerikalen Stellen eindringlich auf, schnellstens massive Maßnahmen zu unternehmen, um wenigstens den Bestand des Augustiner-Konvents, welcher seit 1917 in Weiden i. d. OPf. und auch im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab segensreich wirkt, auch zukünftig sicher zu stellen und die Seelsorge in der Klosterkirche St. Augustin weiterhin zu gewährleisten.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von WISP zum Thema Kauf des Augustiner-Seminars durch OB Seggewiß für die Stadt Weiden i. d. OPf.

Sachstandsbericht:

Die Eingabe der WISP zum Thema Kauf des Augustiner-Seminars durch OB Seggewiß für die Stadt Weiden i. d. OPf. wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 13.08.09 beantwortet. Die Eingabe sowie das Schreiben liegen als Anlage bei.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |